

Antonio Farina

Produktionsverhältnisse und sozialer Konflikt in den Bremer Werften zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Räterepublik (1914–1919)

Einleitung

Für die Bremer Linksradi-kalen und für die ganze Arbeiterbewe-gung der Hansestadt hat die Werftarbeiterschaft, die durch den großen Aufschwung des ungestümen industriellen Wachstums um die Jahrhundertwende an Bedeutung gewann,¹ nicht nur die kämpferische Basis, sondern auch im Ganzen die Antriebskraft des so-zialen Konflikts dargestellt. Das allerdings über einen sehr weiten Zeitraum, der den in dieser Arbeit in Erwägung gezogenen zeitli-chen Rahmen sprengen würde: ein Zeitraum, der sein Ende fand mit der endgültigen Schließung der Werften zwischen Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre.²

¹ Zur wirtschaftlichen Entwicklung Bremens und seiner Werften wird auf die Aufsatzsammlung von Peter Kuckuk, Hartmut Roder und Günter Scharf verwiesen: Spanten und Sektionen: Werften und Schiffbau in Bremen und der Unterweserregi-on im 20. Jahrhundert, Bremen 1986. Es existieren zahlreiche Studien, Firmenbio-grafien und Festschriften der AG Weser. Als die bedeutendsten sind zu nennen: AG Weser (Hg.), Aktiengesellschaft Weser Bremen 1872–1922, Bremen o. J. (1922); Otto Höver, 100 Jahre Weser-Werft 1843–1943, von Waltjen & Leonhardt bis Aktien-Gesellschaft Weser, Bremen 1943; AG Weser (Hg.), AG Weser 1843–1968. Festschrift zum 125jährigen Bestehen, Bremen 1968; Peter Kuckuk, Die AG Weser bis 1914. Von der Maschinenfabrik zur Großwerft, Bremen 1987; ders., Die AG Weser 1914–1933. Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise, Bremen 1987; Reinhold Thiel, Die Geschichte der Actien-Gesellschaft Weser, Bremen 2005–2007 (drei Bände).

² Zum Prozess der industriellen Abwicklung der großen Weser-Werften vgl. Hans Ziegenfuß, Heiner Heseler und Hans-Jürgen Kröger (Hg.), Wer kämpft, kann ver-lieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren. Tagebuch einer Betriebsbesetzung,

Am Anteil der Werftarbeiter an der Bremer Arbeiterklasse zeigen sich die Bedeutung dieses Industriebereichs und die führende Rolle der Werftarbeiterschaft für die hanseatische Arbeiterbewegung.³ Das Verhältnis von Einwohnern zu Beschäftigten der Schiffbauindustrie war in Bremen dreimal so hoch wie in Hamburg.⁴ Während des Ersten Weltkrieges betrug die Zahl der Bremer Werftarbeiter 21.000, bei einer Einwohnerzahl von 280.000.⁵

Ziel der vorliegenden Arbeit ist die nähere Bestimmung und Analyse des Entstehungsprozesses und der Entwicklung des nicht immer linearen und eindeutigen Verhältnisses zwischen Bremen und seinen Werftarbeitern, ein Verhältnis, das voller grundlegender historisch-politischer Konsequenzen für die Bremer Arbeiterbewegung ist.⁶

Kontinuität und bedeutende Zäsuren in der Sozialgeschichte der Werftarbeiterschaft

Die historische Analyse der Dialektik von politischer Vertretung und Arbeiterklasse ist für die Geschichte der sozialistischen und Arbeiterbewegung von vorrangiger Bedeutung.⁷

Hamburg 1984; zum Fall der Bremer Vulkanwerft vgl. Wolfgang Hien, *Am Ende ein neuer Anfang? Arbeit, Gesundheit und Leben der Werftarbeiter des Bremer Vulkan*, Hamburg 2002.

³ Zur Zusammensetzung der Bremer Arbeiterklasse sei verwiesen auf Peter Kuckuk, *Industrialisierung, Sozialstruktur und Arbeiterschaft in Bremen*, in: Karl-Ludwig Sommer (Hg.), *Bremer Arbeiterbewegung 1918–1945*; siehe auch: *trotz alledem* (Katalog der gleichnamigen Ausstellung im Bremer Rathaus), Bremen 1983, S. 11 ff. Zahlreiche Dokumente finden sich in: Statistisches Amt Bremen (Hg.), *Die Entwicklung der freien Hansestadt Bremen 1900–1927*, Bremen 1929.

⁴ Vgl. Peter Brandt, *Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau, Ausprägung, Politik in Bremen 1945/46*, Hamburg 1976, S. 16.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. Jörg Wollenberg / Gerwin Möller, *Die AG Weser zwischen Sozialpartnerschaft und Klassenkampf. Arbeiterkämpfe und politische Streiks der Bremer Werftarbeiter*, Bremen 1984.

⁷ Einen Versuch in diesem Sinne stellt die mittlerweile klassische Arbeit von Karl Heinz Roth dar: *Die „andere“ Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalis-*

Den Werften kommt innerhalb der Struktur des deutschen Kapitalismus außerordentliche Bedeutung zu, und zwar aufgrund der ausgeprägten Homogenität der Arbeiterschaft sowie des Maßes der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Beides war Ergebnis eines tief greifenden Prozesses der Entprofessionalisierung der Arbeiter sowie der Standardisierung des größten Teils der Arbeitsaufgaben.⁸ Es war ein umfassender und ungewöhnlich schneller Übergang von handwerklichen Produktionsformen wie dem Holzschiffbau, der charakterisiert war durch den selbstständigen Produktionsprozess der Facharbeiter, zum Eisenschiffbau mit einer weitreichenden Arbeitsteilung und einer sehr hohen Mechanisierung der Aufgaben, die mit der industriellen Produktion der Werften verbunden waren.⁹

Trotz des starken Angleichungsprozesses, der durch den Prozess der Arbeitsteilung innerhalb der mit der Metallindustrie verbundenen Produktionszweige bedingt war,¹⁰ bewahrten sich einige Berufsgruppen wie Kupferschmiede, Kesselschmiede und Dreher eine starke Gruppenidentität.

Parallel dazu war die Werftarbeiterschaft in erhöhtem Maße dem Druck des sogenannten Herren-im-Haus-Systems unterworfen, das die Arbeitgeberschaft mit einer eisernen und unanfechtbaren Kontrollmacht ausstattete, die oft willkürlich und despotisch ausgeübt wurde in Bezug auf Produktionsverlauf, Beschäftigungsfluktuationen und die Belegschaften.¹¹ Der Homogenisierungsprozess

tischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1974.

⁸ Vgl. Richard Woldt, Die Werft als kapitalistisches Kunstwerk, in: Die Neue Zeit, 29 (1910/11), S. 551–559.

⁹ Der Übergang ist dargestellt in einer Arbeit von Marina Cattaruzza: Arbeiter und Unternehmer auf den Werften des Kaiserreichs, Wiesbaden 1988, insbesondere S. 99–118.

¹⁰ Ein Standardwerk bleibt: Eckhard Brockhaus, Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem Ersten Weltkrieg. Zur Krise der professionellen Arbeiterbewegung, München 1975.

¹¹ Vgl. Helmut Kral, Streik auf den Helgen. Die gewerkschaftlichen Kämpfe der deutschen Werftarbeiter vor dem ersten Weltkrieg, Berlin 1964, S. 45–53.

der Arbeiterklasse ist in diesen Zusammenhang zu stellen. Es handelte sich nicht nur um einen im Vergleich zu anderen Industriezweigen früher abgelaufenen Prozess, sondern auch um eine qualitativ stärker ausgeprägte Entwicklung. Sie war darauf ausgerichtet, eine Verbindung des Personals der verschiedenen Berufsgruppen innerhalb der Werkstätten zu schaffen.

Die Beschäftigungsfluktuation, die mit den verschiedenen Etappen in der Entwicklung der Werften zusammenhängt,¹² traf gleichermaßen die Facharbeiter und die ungelerten Arbeitskräfte; gegenüber anderen Industriebranchen tritt dabei das Merkmal einer besonders engen Lohnschere hervor.¹³ In diesem Zusammenhang sind die Prozesse nicht nur der Hegemonie, sondern oft auch der wechselseitigen Durchdringung zu beachten, die sich – innerhalb der Formen der Subsumtion unter das Kapital – zwischen der Werftarbeiterschaft und den Theoretikern des Linksradikalismus abspielten. Konkret untersucht wird im Folgenden die organisatorische Entwicklung, die mit Spezialisierung und Arbeitsteilung einherging, ohne dabei jedoch die historischen, politischen und ideologischen Faktoren aus dem Blick zu verlieren.¹⁴

Ein anderer wichtiger Aspekt, der in stärkerem Maße mit dem politisch-ideologischen Programm der Bremer Arbeiterklasse und weniger mit der dortigen Klassenzusammensetzung zusammenhängt, betrifft die Spaltung zwischen der Werftarbeiterschaft und der Führungsebene der Gewerkschaft: eine Spaltung, die sich als ausschlaggebend für die Erfahrungshorizonte der Bremer Werftarbeiter erwies. Die Gewerkschaft wurde von ihrer Führungsebene,

¹² Vgl. Walter Krawietz, *Die wirtschaftliche Entwicklung des Schiffbaues an der Unterweser von 1800 bis 1960*, Erlangen 1966, S. 188 ff.

¹³ Vgl. HAK WA143/55-54 (Statistische Übersichten seit 1908).

¹⁴ Für einen allgemeinen Überblick über die Geschichte der Bremer Linken vgl. Gerhard Engel, *Die politische-ideologische Entwicklung Johann Kniefs (1880–1919). Untersuchung zur Geschichte der Bremer Linksradikalen*, Berlin (Ost) 1967; Hansgeorg Conert, *Reformismus und Radikalismus in der bremischen Sozialdemokratie vor 1914*, Bremen 1985; Karl-Ernst Möring, *Die Sozialdemokratische Partei Bremen 1890–1914*, Bonn 1968.

in dialektischer Nähe zu der von den Bremer Linksradikalen ausgeübten politischen Hegemonie, auf die Überwindung des „organisierten Konfliktes“ ausgerichtet.¹⁵ Die Freien Gewerkschaften und die reformerischen Teile der SPD beabsichtigten, das soziale Konfliktpotential der Arbeiter zu kanalisieren und zu bändigen.¹⁶ Im Besonderen stellten die Streiks von 1910 und 1913,¹⁷ auch hinsichtlich der Entwicklung der politischen Erfahrungshorizonte der Werftarbeiter, eine bedeutende Zäsur dar.¹⁸ Die Streiks waren gegen das Votum des Deutschen Metallarbeiter Verbandes (DMV) durchgeführt worden und zielten vor allem darauf ab, erneut die Frage des Akkordlohns zur Diskussion zu stellen; für die Arbeitgeber war der Akkordlohn der Hebel zum Drücken der Löhne und zur Steigerung der Ausbeutung.¹⁹

¹⁵ Vgl. Marina Cattaruzza, Organisierter Konflikt und Direkte Aktion: Zwei Formen des Arbeitskampfes am Beispiel der Werftarbeiterstreiks in Hamburg und Triest (1880–1914), *Archiv für Sozialgeschichte*, 20 (1980), S. 325–355.

¹⁶ Diese Strategie hatte ihren Hintergrund weitgehend in der politischen und ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der SPD. Vgl. Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Frankfurt am Main 1973.

¹⁷ Trotz zahlreicher Erwähnungen einzelner Aspekte der Streiks in anderen Arbeiten gibt es nur zwei gänzlich dem Streik gewidmete Studien: Cattaruzza, Arbeiter und Unternehmer (wie Anm. 15), S. 204–216; Kral, Streik (wie Anm. 11), S. 205–239. In dokumentarischer Hinsicht sehr interessant ist: Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands, Berlin 8.–9. August 1913, Stuttgart 1913. Zu den Akkordlöhnen der Bremer Werften vgl. den Artikel „Zum Werftarbeiterstreik“, *Bremer Bürger-Zeitung*, 23. August 1913.

¹⁸ Der Werftarbeiterstreik wurde auch innerhalb von Partei und Gewerkschaft Anlass von Debatten und harten Auseinandersetzungen um Taktik und Strategie der Arbeiterbewegung sowie um die bereits erwähnten Themen des Massenstreiks und der bürokratischen Stagnation der Führungselite, die im Mittelpunkt der Debatte des Kongresses von Jena standen. Für die Linksradikalen nahm der wilde Streik einen ambivalenten Charakter an, „nicht nur im Kampf gegen einen niedrigen Arbeitslohn, sondern auch (ganz im Allgemeinen) im Aufbegehren gegen die Unerträglichkeit der kapitalistischen Ausbeutung.“ Parallel dazu war er eine Mahnung an die Adresse der eine „Kompromisstaktik“ verfolgenden Reformgewerkschaften, „die schon auf der Straße der Verbürgerlichung waren.“ Anton Pannekoek, A. P. Korrespondenz, *Bremer Bürger-Zeitung*, 8. August 1932, S. 2.

¹⁹ Vgl. Tabellenteil am Textende.

Neustrukturierung der Belegschaft und Militarisierung der Produktion während des Konflikts: der Fall AG Weser

Unter den weitreichenden Veränderungen, die der Krieg in die Produktionsverhältnisse des Kaiserreichs trug, war ohne Zweifel das starke Eingreifen der staatlichen Strukturen in die Wirtschaft von besonderer Bedeutung.²⁰ Es trug zur Beschleunigung der Klassendynamik sowie zur Herausbildung einiger neuer Schwerpunkte der deutschen Industrie bei.

Im Besonderen muss die verstärkte Verknüpfung von Staat und privatem Kapital hervorgehoben werden. Jahrelang wirkte der Staat durch Aufträge und direkte Interventionen, aber auch durch seine Kontrolle der Ressourcen, Rohstoffe und Arbeitskräfte,²¹ als Regulator der Kriegswirtschaft und der Produktionsverhältnisse. Parallel dazu wurden zahlreiche Vertreter des privaten Kapitals, sowie im

²⁰ Es ist das Verdienst einiger Vertreter der marxistischen Geschichtsschreibung (Kühn, Gossweiler, Klein), die innere Dynamik dieses Prozesses differenziert betrachtet zu haben und sich nicht mit der dogmatischen Wiederholung der These vom monopolistischen Kapitalismus eines unbeugsamen, auf eine homogene Finalität ausgerichteten Staates begnügt zu haben. Gleichzeitig muss die – freilich in den Kontext des imperialistischen Krieges und der Zerbröckelung der Arbeiterbewegung einzuordnende – Interessendivergenz zwischen der elektrischen und chemischen Industrie einerseits und der traditionell hegemonialen Schwerindustrie andererseits beachtet werden. Der durch den Krieg verursachte Produktionsbedarf änderte die Machtverhältnisse zugunsten der moderneren Bereiche und der Avantgarde der deutschen Industrie, die im Rahmen des technischen Krieges und des Massensterbens immer unentbehrlicher wurden. Für die Art der Kriegsführung war die elektrotechnische Industrie mindestens genauso wichtig wie die Förder- und Stahlindustrie.

²¹ Der bedeutendste Fall der Kartellbildung und der industriellen Expansion in einem dynamischen und mit der Kriegsindustrie verwandten Bereich war derjenige der chemischen Industrie. Die drei großen Chemie-Trusts Agfa, BASF und Bayer, deren Produktionskapazitäten und Dividenden von dem Schub an Aufträgen für Sprengstoff, pharmazeutische Produkte und die durch die englische Seeblockade nötig gewordenen Ersatzmittel anstiegen, setzten 1916 einen Fusionsprozess in Gang, der in der Gründung der IG Farben münden sollte.

kleineren Maße der Junker, in die Staatsverwaltung kooptiert und mit Wirtschaftsführungsaufgaben betraut.²²

Die Entwicklung der Rolle des Staates und seine punktuelle Verschmelzung mit dem Privatkapital erfolgten unter der Ägide staatlicher Strukturen oder sogar durch deren direktes Eingreifen. Dank der Personalunion von Industriekapitänen und hohen Staatsfunktionären konnten die herausragenden Bereiche der deutschen Industrie in vielen Fällen die monopolistischen Strukturen konsolidieren, über die sie in ihren jeweiligen Produktionszweigen verfügten.²³

²² Seit 1914 wurde die Verwaltung der Rohstoffe gänzlich vom Staat übernommen: Es kam zur Einrichtung der Kriegsrohstoffabteilung (KRA), an deren Spitze zwei Manager des sehr einflussreichen Industriekartells AEG berufen wurden: Walther Rathenau und Wichard von Moellendorf. Rathenau ist ohne Zweifel eine der komplexesten und facettenreichsten Figuren der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts: Industriekapitän und Theoretiker der „Neuen Ökonomie“, liberal-demokratisch eingestellt, für die völkische Propaganda der Archetyp des räuberischen jüdischen Kapitalisten. 1922 wurde der damalige deutsche Außenminister von zwei ehemals der extremen Rechten angehörigen Offizieren des kaiserlichen Heeres erschossen. Rathenaus Funktion bei der Bildung des so genannten Kriegssozialismus war von entscheidender Bedeutung. Die von ihm geleitete Abteilung hatte die direkte Aufsicht und Weisungsbefugnis über die strategischen Bereiche der Kriegsindustrie. Rathenau beförderte und koordinierte den zeitweiligen Zusammenschluss von zahlreichen kriegswichtigen metallverarbeitenden Betrieben zur Kriegsmetall AG, der er auch als leitender Kommissar vorstand. Vgl. zur Person Walther Rathenaus sowie zur „großen bürgerlichen Ideologie des Sozialismus des Kapitals“ die Einführung von Lucio Villari in: Walther Rathenau, *L'economia nuova*, Turin 1979, S. VI–XXVII. Eine marxistische Interpretation bietet Kurt Gosswiler, *Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, 1914–1932*, Berlin (Ost) 1980, S. 69–76.

²³ Nach der klassischen Leninschen Definition „verwandelte der Krieg den monopolistischen Kapitalismus in einen monopolistischen Staatskapitalismus“ und beschleunigte und intensivierte die bestehenden Dynamiken der kapitalistischen Produktion: Lenin, *Werke*, Bd. 13, S. 436. Daher stellt der Krieg in Lenins Analyse „den höchsten Punkt des Zusammenschlusses von kapitalistischer und staatlicher Macht zu einem einzigen Mechanismus dar. Zu keiner anderen Zeit der Entwicklung des Kapitals war sein Maß der Verquickung mit dem Staat so unentwirrbar.“ Lenin, *Werke*, Bd. 24, S. 410–414.

Diese Dynamik entsprach vollends den von den zentralen Regierungsstrukturen des Kaiserreiches entwickelten Leitlinien für die wirtschaftliche Entwicklung. Karl Heinz Roth zeigt in *Die andere Arbeiterbewegung* auf, wie der „kleine Belagerungszustand“, der „die Exekutivgewalt auf den Militärapparat [...] übertrug“, sich „unter gesamtkapitalistischer Regie Schritt für Schritt zur zentralen Instanz für die Planung des Verhältnisses von privater Kapitalbildung und öffentlichen Investitionen“ entwickelte.²⁴ Darüber hinaus erfüllte der sogenannte „zentrale Arbeitsnachweis“ während der Phasen maximaler Auslastung der Rüstungsproduktion eine Kontrollfunktion hinsichtlich der Arbeitskräftefluktuation und bewirkte zugleich eine Veränderung und Neugestaltung beruflicher Identitäten.²⁵ Das geschah in Einklang mit den Bedürfnissen der kapitalistischen Produktion im Allgemeinen und der einzelnen Produktionszweige im Besonderen.

Im Fall der AG Weser entsprach die Lohnentwicklung ganz der allgemeinen Tendenz der Kriegsindustrie.²⁶ Während des Krieges kam es zu erheblichen Lohnsteigerungen, auch wenn diese den exponentiellen Anstieg der Inflation nicht ausgleichen konnten. Der Stundenlohn eines spezialisierten Drehers verdoppelte sich fast von 64 Pfennig auf 1,15 Mark.²⁷ Auch die Löhne der unqualifizierten Arbeitskräfte stiegen, wenn auch nicht im gleichen Maße. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Ausweitung der Lohnschere zwischen Fachkräften und einfachen Arbeitern. Es handelt

²⁴ Roth, *Arbeiterbewegung* (wie Anm. 7), S. 42.

²⁵ Sehr anregend ist in diesem Zusammenhang die Gemeinschaftsarbeit der Arbeitsgruppe „Erster Weltkrieg“ am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Hg.): *Politik im Krieg 1914–1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klasse im ersten Weltkrieg*, Berlin (Ost) 1964. Der Arbeitsgruppe gelingt es, einige Starrheiten des Konzeptes des „monopolistischen Staatskapitalismus“ zu überwinden, sie hebt aber zugleich auch dessen realitätshaltige Aspekte hervor.

²⁶ Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Göttingen 1978, S. 29.

²⁷ HAK WA143/55-54 (Statistische Übersichten seit 1908), nicht nummeriertes Blatt.

sich um einen wichtigen Aspekt der durch den Krieg erzeugten Produktionsdynamik sowie um einen Ausdruck der Unbeständigkeit der damaligen Lohnniveaus.²⁸

Diese Tendenz ist auf der einen Seite auf den gewaltigen Prozess der Umstrukturierung der Arbeiterklasse und auf der anderen Seite auf den chronischen Mangel an Facharbeitern in einigen Branchen der Rüstungsproduktion zurückzuführen.²⁹ Besonders das Scheitern des Schlieffenplans führte zu einer erhöhten Nachfrage nach Facharbeitern und im Zuge dessen zu einer höheren Entlohnung.³⁰

Die veränderten Produktionsanforderungen, die durch Aufträge der Reichsmarine für U-Boote ausgelöst wurden, verursachten auch innerhalb der AG Weser eine merkliche Neustrukturierung der Aufgaben und Berufsgruppen. Die Proportionen der beiden beruflichen Makrogruppen, der Schiffsbauer im engeren Sinne (Nieter, Bohrer, Schweißer, Schiffsschmiede und so weiter) und der Mechaniker (Heizkesselbauer, Schlosser, Dreher, Werkzeugbauer), verschoben sich aufgrund der traditionellen Arbeitsprozesse und der Armierung großer Schiffe eindeutig zugunsten der ersten Gruppe.³¹

²⁸ Für eine ausführliche Behandlung des Themas sei auf die klassische Arbeit von Jürgen Kuczynski verwiesen: *Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, Teil 1, 4: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland, 1900–1917/18, Berlin 1964.

²⁹ Kuczynski, *Geschichte* (wie Anm. 28), S. 33–34.

³⁰ Nachforschungen von Schwarzländer im Archiv der Handelskammer haben den von der Wirtschaftskammer Bremen gemachten Vorschlag zutage gefördert, ein Konzentrations- und Arbeitslager vor den Toren der Stadt einzurichten, um so dem ausgeprägten Bedarf an billigen Arbeitskräften nachzukommen. In vielen Industriebereichen wurde in größerem Ausmaß auf Zwangsarbeiter zurückgegriffen. Das deutsche Militär stellte in Reaktion auf seinen Arbeitskräftemangel bereits 1915 gewaltsam Bataillone ziviler Arbeiter zusammen, meistens Belgier, die bei Schanzarbeiten an den unmittelbaren Nachschubwegen eingesetzt wurden. Später wurden die Arbeitskräfte nach und nach in die für die Kriegsführung wichtigsten Produktionsbereiche überführt. Die Löhne waren miserabel und die Arbeitsbedingungen lebensgefährlich. Siehe zum Fall der belgischen Arbeiter Fernand Passelecq, *Déportation et travail forcé des ouvriers et de la population civile de la Belgique occupée*, Paris 1928.

³¹ Ein Dokument der AG Weser-Betriebsleitung vom Oktober 1921, dem für die Gesamtproduktion der Werft in den Phasen vor und nach dem Krieg große Bedeu-

Die neuen, auf den Bau von U-Booten zurückzuführenden Produktionsbedingungen, erforderten eine abrupte Steigerung der Zahl der Facharbeiter im Maschinenbaubereich,³² der Anteil der Facharbeiter stieg 1918 auf 47,3 Prozent.³³

Die Dokumente der AG-Weser-Betriebsleitung bringen ohne Umschweife und frei von jeglicher Klassenrhetorik des Burgfriedens das Projekt zum Ausdruck, „die Arbeitstage und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen.“³⁴ Die Leitung profitierte dabei von einer politischen Situation, die es erlaubte, die Nominallöhne stark zu senken und die Ausbeutung der Arbeitskraft zu steigern.

Aus dem Verhältnis von Stundenlöhnen und Akkordarbeit wird die intensivierete Ausbeutung der Arbeiterklasse während des Krieges ersichtlich. Innerhalb der Lohnzusammensetzung überwog der Akkordanteil,³⁵ und die Akkordlöhne stiegen während des Krieges langsamer als die Stundenlöhne.³⁶ Vor dem Hintergrund einer massiven Erosion der Nominallöhne und eines Anstiegs der Arbeitsstunden diente die stagnierende Akkordentlohnung den Arbeitgebern als Hebel, um den Arbeitsrhythmus zu beschleunigen und den Druck auf die Werftarbeiter zu erhöhen.

Ein weiteres Instrument der intensiven Ausbeutung während des Krieges war die Erhöhung der Arbeitstage und der täglichen Arbeitsstunden. 1916, so berichten die Quellen der AG Weser, wur-

tung zukommt, zeigt, dass die Arbeiter im Bereich Schiffsbau 64 Prozent der gesamten Arbeiterschaft ausmachten: StAB, G.4a, Nr. 3, Bl. 3.

³² Schon in den ersten Kriegswochen kam es bei der AG Weser, trotz der Stagnationsphase, in der sich die Werft zwischenzeitlich befand, zu einer starken Nachfrage nach Maschinenbauern und Maschinenschmiedern.

³³ HAK WA143/146 (Lohnsteigerung und Leistungsfähigkeitssteigerungen. Abschriften des Schriftwechsels mit der Kaiserlichen Unterseeboot-Inspektion), nicht nummeriertes Blatt.

³⁴ HAK WA 143/54, nicht nummeriertes Blatt.

³⁵ Vgl. Tabellenteil am Textende.

³⁶ Die Stundenlöhne stiegen (1914=100) 1915 auf 110, 1916 auf 130, 1917 auf 155. Dagegen kam es zu einer relativen Stagnation der Akkordlöhne (1914=100): Sie lagen 1915 bei 105, 1916 bei 115, 1917 bei 115. Vgl. HAK WA143/54, nicht nummeriertes Blatt.

den an 303 Tagen jeweils neuneinhalb Stunden (feste Arbeitszeit) gearbeitet;³⁷ hinzu kamen die Überstunden, die manchmal unvermeidbar waren, um das Auseinanderschere von Nominallohn und Lebenshaltungskosten auszugleichen. So kam man, wie die ehemaligen Arbeiter der Werft bezeugen, auf bis zu elf Arbeitsstunden am Tag.³⁸

Die Betriebsstatistiken zeigen einen steilen Anstieg der Überstunden, zu denen man noch die Sonntagsarbeit hinzuzählen muss, zu der die Arbeiter zu Zeiten maximaler Produktion gezwungen wurden. 1913 machten die Überstunden nur 6,8 Prozent der Arbeitsstunden in den Werkstätten und auf den Kais aus. Aber schon 1916 stieg der Anteil der Überstunden, zu einem Zeitpunkt intensiver Ausbeutung der Arbeitskraft, auf bis zu 13,7 Prozent, um im Folgejahr 17 Prozent zu erreichen. 1918 fiel der Anteil wieder leicht auf 15 Prozent.³⁹

Der soziale Konflikt 1916–1918

Das Ende des Burgfriedens innerhalb der großen Werften kam früh, auch wenn es zunächst nur kleinere Proteste und Streiks gab, die auf bestimmte Gruppen oder einzelne Abteilungen beschränkt blieben.⁴⁰ In den ersten Kriegsjahren waren in Zusammenhang mit

³⁷ HAK WA143/146 (Lohnsteigerung und Leistungsfähigkeitssteigerungen. Abschriften des Schriftwechsels mit der Kaiserlichen Unterseeboot-Inspektion), nicht nummeriertes Blatt.

³⁸ Vgl. hierzu die Zeugenaussage des Drehers Conrad Brauckmüller in einem Vernehmungsprotokoll der hanseatischen Polizei. Der antimilitaristische Propaganda beschuldigte Arbeiter der Hansa Lloyd hob als grundsätzliche Forderung der Werftarbeiter die nach besseren Arbeitszeiten hervor; zu den neun täglichen Arbeitsstunden sollten nicht noch zwei zusätzliche hinzukommen, die oft willkürlich von der Betriebsleitung auferlegt wurden. Siehe Arne Andersen / Uwe Kiupel (Hg.), IG Metall in Bremen: die ersten 100 Jahre, Bremen 1991, S. 19.

³⁹ HAK WA143/55-54 (Statistische Übersichten seit 1908), nicht nummeriertes Blatt.

⁴⁰ Im Oktober 1915 kam es zu den ersten, wenn auch begrenzten Unruhen in den Hansa-Lloyd-Werken, als die Tischler gegen die schlechten Arbeitsbedingungen protestierten. Siehe StAB 3-S. 3, Nr. 339 (Statistik der Streiks und Aussperrungen),

dem umfassenden Zerfall der oppositionellen Arbeitergruppen auch die Machtpositionen der Linksradiكالen in den großen Werften an der Weser – während der Vorkriegszeit Hochburgen der radikalsten Strömungen der Arbeiterbewegung – erodiert und auf kleine Vorposten der oppositionellen Vertrauensleute reduziert worden.⁴¹

Anhand der gewerkschaftlichen und politischen Dynamiken der AG Weser lässt sich exemplarisch nachvollziehen, wie das Konfliktpotenzial der Arbeiter in den ersten beiden Kriegsjahren zurückging. Auf einer im Juli 1915 abgehaltenen Versammlung von Oppositionsgruppen aus den Bremer Arbeitervierteln wurden die organisierten und innerhalb der AG Weser politisch aktiven Arbeiter auf etwa 900–1.000 geschätzt (bei einer Gesamtzahl von etwa 7.000 Beschäftigten).⁴² Vor dem Krieg waren es 3.000 gewesen.

Die Repression auf den Werften und die Militarisierung der Arbeit gingen mit Denunziationen einher, die zur Zwangseinberufung führen konnten:⁴³ „Ein Werftarbeiter sagte, dass er seinen besten Kollegen nicht mehr trauen könne und sehr oft nicht wisse, ob er es mit einem Gelben zu tun habe. [...] Die Unternehmer könnten [...] willkürlich die Tarifverträge ändern. [...] Die Löhne würden schändlich gesenkt.“⁴⁴ Neben den politischen und gewerkschaftlichen Bedingungen sind die materiellen Bedingungen der Arbeiterklasse zu berücksichtigen: die deutliche Intensivierung der Ausbeu-

Bl. 290.

⁴¹ Zum Konzept der oppositionellen Vertrauensleute, das für die Analyse der Berliner Kriegsindustrie entwickelt wurde, aber auch auf den Fall Bremens übertragen werden kann, siehe Dirk H. Müller, Metallarbeiterverband, Betriebliche Arbeitersausschüsse, oppositionelle Vertrauensleute und der Januarstreiks 1918, in: Chaja Boebel / Lothar Wenzel (Hg.), Streik gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918, Hamburg 2008, S. 40–51.

⁴² Wilhelm Eildermann, Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972, S. 215.

⁴³ Ein beispielhafter Fall ist die 1917 erfolgte Zwangsrekrutierung von Wilhelm Brauckmüller, der mit seinem Bruder den linken Jugendzirkeln Bremens angehörte. Begründet wurde Brauckmüllers Zwangsrekrutierung mit seinem Aktivismus in den Hansa-Lloyd-Werken, wo er als Schmied arbeitete. Vgl. StAB 3-M.2.h.2, Nr. 71 (Verhinderung von Manifestationen und Überwachung von Versammlungen), Bl. 73.

⁴⁴ Eildermann, Jugend (wie Anm. 42), S. 215.

tung in den Fabriken, die Erosion der Reallöhne, die verschärfte Subsumtion der Arbeiter unter das Kapital, die zu einer Beschleunigung der Arbeitsrhythmen führte, der verstärkte Rückgriff auf Akkordarbeit und die Ausweitung der Arbeitsstunden. In diesen allgemeinen Kontext der Verringerung der Verteidigungsmöglichkeiten der Arbeiterschaft sowie der Steigerung ihres psychophysischen Verschleißes ist auch die einsetzende Abnahme des Konfliktpotenzials der Arbeiter einzuordnen.⁴⁵

Bereits in den ersten beiden Kriegsjahren, vor allem aber ab dem dritten Quartal 1916, erfuhr die deutsche Arbeiterklasse einen beträchtlichen Rückgang der Kaufkraft, der eine allgemeine Verarmung zur Folge hatte.⁴⁶

Die Inflationsspirale höhnte die Kaufkraft der Bevölkerung aus. Sie war bestimmt durch die Einschränkungen in der Lebensmittelproduktion, durch die englische Seeblockade und durch die Kriegswirtschaft, die Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abzog und dem Heer zuführte. Die Verpflegung am Arbeitsplatz, die auch auf den Bremer Werften Anlass lebhafter Proteste werden sollte, lag dauerhaft unterhalb des bei Schwerarbeit empfohlenen Kalorienbedarfs.⁴⁷

Symbolisch aufgeladener Auslöser des ersten Streiks war die Verhaftung von Karl Liebknecht im Juni 1916. Liebknecht hatte

⁴⁵ Giorgio Rochat, der die spezifische Situation in Italien analysiert und dabei zahlreiche Anregungen für eine allgemeine und methodische Überlegung bietet, betont, „dass man in einer von verschärfter patriotischer Mobilisierung bestimmten Situation, in der jede Protestgeste viele Jahre Gefängnis bedeuten konnte, die normalen politischen und gewerkschaftlichen Verbindungen zerrissen und die Fabriken der Kontrolle des Militärs anvertraut waren, die Bedeutung der Demonstrationen nicht mit dem Maßstab der nachfolgenden zwei roten Jahre beurteilen kann, sondern dass man den Willen zum Bruch und zum Kampf beachten muss, der auch durch einen Streik von einigen hundert Personen zum Ausdruck gebracht wird.“ Giorgio Rochat, *L'Italia nella prima guerra mondiale: problemi di interpretazione e prospettive di ricerca*, Mailand 1976, S. 81.

⁴⁶ Kocka, *Klassengesellschaft* (wie Anm. 26), S. 27–29.

⁴⁷ Auf die durch die schlechte Verpflegung in der Werkskantine verursachten Unruhen auf den Werften der AG Weser wird im nächsten Abschnitt weiter eingegangen.

sich aus Sicht der preußischen Polizei der Störung des sozialen Friedens schuldig gemacht, indem er am 1. Mai eine große Demonstration auf dem Potsdamer Platz in Berlin initiiert hatte.⁴⁸ Unbestreitbar ist, dass diese rein politische Ebene dialektisch zu derjenigen der materiellen Lebensbedingungen in Beziehung zu setzen ist, so dass auch diese Lebensbedingungen und insbesondere die Ernährungsfrage zu den Hauptauslösern der Arbeiterproteste während des Krieges zu zählen sind.⁴⁹ Nicht nur war ein Streik in Kriegszeiten ein bedeutender politischer Akt, sondern die vom Krieg führenden Staat verwaltete Lebensmittelfrage wurde ebenfalls in vielerlei Hinsicht zu einer politischen.

Während des Krieges kam es immer wieder zu Kundgebungen, Tumulten und Protesten, die oft mit politischen und Lohnforderungen verbunden waren. Sie hingen mit der Lebensmittelsituation des städtischen Proletariats zusammen und zeigten mit großer Deutlichkeit die Unfähigkeit des Staates, den Lebensmittelbedarf zu garantieren.

In diesem Sinne stellt der Liebknecht-Streik Ende Juli 1916 einen beispielhaften Fall dar. Hier verbanden sich politische Forderungen, die anlässlich der Verhaftung Liebknechts formuliert wurden,⁵⁰ mit den durch die Lebensmittelsituation entstandenen Unruhen, die bereits seit Tagen die „öffentliche Ruhe und Ordnung“ in der Hansestadt störten.⁵¹ Am 26. Juni verbreiteten Linksradikale unter den Arbeitern und Einwohnern der Arbeiterviertel Flugblät-

⁴⁸ Vgl. Rosa Luxemburg, Was ist mit Liebknecht?, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.), Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe 2, Bd. 1: 1914–1917, Berlin 1958, S. 398–401.

⁴⁹ Die dauerhafte Unterernährung der Arbeiterklasse hatte zwei Auswirkungen. Zum einen zermürbte sie die physische und psychische Arbeitsfähigkeit. Zum anderen litt das Vertrauen in die Effizienz des kaiserlichen Verwaltungsapparates, der zivilen und militärischen Behörden; das Ansehen und die Approbation, die der preußische und deutsche Obrigkeitsstaat erlangt hatten, gingen verloren.

⁵⁰ Ein Bericht der Senatspolizei dokumentiert den Ablauf von zwei großen Versammlungen einige Tage zuvor; auf den Versammlungen ergab sich für die Senatspolizei die Notwendigkeit, eine stärkere Kontrolle über die aktivsten Personen der hanseatischen Arbeiterbewegung zu erlangen.

ter.⁵² Diese waren von „provozierendem und aufrührerischem Inhalt“:⁵³ Sie riefen zum Streik, zu massiven Protestaktionen und zur Befreiung von Karl Liebknecht auf; außerdem wandten sie sich gegen den Krieg.⁵⁴

Die hanseatische Arbeiterbewegung war nach Quellen des Senats besonders aktiv. Zwischen dem 27. und dem 29. Juni musste die Polizei wiederholt einschreiten, um Kundgebungen und Versammlungen aufzulösen, die nach Aussage der Polizei von linksradikalen Elementen initiiert wurden. Dabei wurden die Befreiung Liebknechts und der sofortige Frieden verlangt.

Am Nachmittag des 3. Juli, nach tagelangen Unruhen auf den Werften, traten die Arbeiter, angeführt von einer Gruppe Schiffschlosser, in den Ausstand.⁵⁵

Am folgenden Tag beteiligten sich 4.500 der damals fast 7.000 auf der AG Weser beschäftigten Arbeiter am Streik.⁵⁶ Die Arbeiter begründeten diese erste starke Protestaktion mit ihren miserablen Löhnen und den prekären Ernährungsbedingungen auf den Werften.⁵⁷ Die Quellen der Arbeiter,⁵⁸ aber auch die der Arbeitgeber, sprechen von einem unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem umfangreichen Protest gegen die Verhaftung Liebknechts und dem Streik vom 3. Juli, bei dem die Linksradikalen mit ihrem dichten

⁵¹ Vgl. StAB 3-M.2.h.2, Nr. 71 (Verhinderung von Manifestationen und Überwachung von Versammlungen), Bl. 25.

⁵² Der Umstand wird bestätigt durch Eildermann, *Jugend* (wie Anm. 42), S. 150 ff.

⁵³ StAB 3-M.2.h.2, Nr. 71 (Verhinderung von Manifestationen und Überwachung von Versammlungen), Bl. 14.

⁵⁴ StAB 3-M.2.h.2, Nr. 71 (Verhinderung von Manifestationen und Überwachung von Versammlungen), Bl. 15.

⁵⁵ StAB 3-M.2.h.2, Nr. 71 (Verhinderung von Manifestationen und Überwachung von Versammlungen), Bl. 25.

⁵⁶ Eine wichtige Quelle ist die Dokumentation der Sitzung der Bürgerschaft vom 27. Februar 1918, auf der einige konservative Vertreter der Stadtvereinigung einen kurzen Bericht über die Unruhen und Streiks vortrugen, die bisher in der Hansestadt stattgefunden hatten. Vgl. Protokolle der Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, 1918, S. 70.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Vgl. Joseph Miller, *Auf der Weserwerft wehte die rote Fahne*, Bremen o. J., S. 90.

Netz aus Kontakten innerhalb der AG Weser eine entscheidende Rolle spielten, und der auf eine deutliche Aufkündigung des sozialen Friedens hinauslief.

Die Unruhen, zu denen es ab dem 31. März 1917 auf der AG Weser kam,⁵⁹ sind ein weiteres Beispiel für die Wiederaufnahme des Konflikts an der „inneren Front“. Auch in diesem Fall war die Beteiligung der AG-Weser-Arbeiter beeindruckend. Mehr als 6.000 der insgesamt 7.746 Arbeiter streikten.⁶⁰ Der Protest hatte sich zwar mittlerweile auf die anderen Werften ausgebreitet,⁶¹ doch das neuralgische Zentrum blieb auch diesmal die AG Weser. Auf der gut besuchten Versammlung am Abend des 31. März wurden, wie ein Informant der Polizei berichtet,⁶² die Protestgründe genannt: die physische Erschöpfung der Arbeiter aufgrund des kriegsbedingt erhöhten Arbeitstempos und die ungenügenden Lebensmittelrationen. Der Schlosser der AG Weser Schulze erklärte, dass „die Arbeiter geschlossen diese Demonstration unternommen hätten, um Maßregelungen einzelner zu vermeiden.“ Er war von den Streikenden zum Wortführer bei den Verhandlungen mit dem Direktorium gewählt worden. „Bei den derzeitigen Rationen kann nichts herauskommen, und es ist vorgesehen, sie sogar noch zu senken. Diese Ernährungsweise erlaubt es einem nicht, die schwere von der Betriebsleitung verlangte Arbeit zu bewältigen.“⁶³

Die Unruhen auf den Werften zogen sich bis zum 3. April 1917 hin, als die Betriebsleitung einige Zugeständnisse machte und sich dazu verpflichtete, die Kalorienzufuhr des Kantinenessens neu festzulegen. So nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf.⁶⁴

⁵⁹ Protokolle der Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, 1918, S. 70.

⁶⁰ StAB 3-S.3, Nr. 339 (Statistik der Streiks und Aussperrungen), Bl. 321.

⁶¹ Sowohl die Arbeiter der Atlas-Werke als auch die der John Tecklenburg hatten sich versammelt, um über die inakzeptablen Arbeitsbedingungen zu diskutieren. Dabei ging es in erster Linie um das Lebensmittelproblem: StAB 3-M.2.h.2, Nr. 71 (Verhinderung von Manifestationen und Überwachung von Versammlungen), Bl. 46.

⁶² StAB 3-M.2.h.2, Nr. 71 (Verhinderung von Manifestationen und Überwachung von Versammlungen), Bl. 25.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Ebd.

Die Beteiligung der hanseatischen Werftarbeiterschaft und insbesondere der Arbeiter der AG Weser an den umfangreichen Arbeiterprotesten des Januars 1918 gehört dagegen in den allgemeineren Rahmen der politischen und insbesondere der pazifistischen Forderungen, die einige Wochen lang in Deutschland vorgetragen wurden.⁶⁵

Trotz einer gewissen Zeitverzögerung im Vergleich zu anderen Streikorten in Deutschland begannen auch in Bremen die Januarstreiks. Das IX. Armeekorps reagierte mit einer Verschärfung des Drucks auf die Arbeiterbewegung und ging zur militärischen Besetzung der Betriebsanlagen und Helgen der AG Weser über.⁶⁶

Den massiven Unterdrückungsmaßnahmen zum Trotz legten 2.742 Arbeiter ihre Arbeit nieder und beteiligten sich an den Protestkundgebungen,⁶⁷ auf denen auf Grundlage der von den revolutionären Berliner Obleuten ausgearbeiteten Forderungen die Einstellung der Kriegshandlungen und die Aufnahme von Friedensverhandlungen ohne Annexion verlangt wurde.⁶⁸

Der eminent politische und destabilisierende Charakter der Proteste entging weder dem bürgerlichen Lager noch der MSPD. Letztere versuchte auch in Bremen, durch politischen Druck auf die Arbeiter, von denen sie entsprechend der Vorkriegstradition noch als Ansprechpartner angesehen wurde, den Protest abzuwehren oder in eine politische Bewegung für die Parlamentarisierung des Kaiserreiches umzuwandeln. Der politisch isolierte und der Repression der militärischen Behörden ausgelieferte Streik wurde bereits am 4. Februar abgebrochen.

In dieser Phase des Krieges, bei steigender Konfliktbereitschaft und der Etablierung eines anerkannten Arbeiterausschusses durch das Hilfsdienstgesetz, wiesen die Werftarbeiter die „klarsten Köp-

⁶⁵ Vgl. Chaja Boebel / Lothar Wenzel (Hg.), Streik gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918, Hamburg 2008.

⁶⁶ Otto Höver, 100 Jahre (wie Anm. 1), S. 57.

⁶⁷ Laut einer Berechnung der Betriebsleitung wurden bei der AG Weser in den ersten drei Protesttagen „knapp 100.000 Arbeitsstunden“ bestreikt. Vgl. HAK WA143/242 (1905–1919: Wichtige Unternehmensangelegenheiten).

⁶⁸ Protokolle der Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, 1918, S. 70.

fe“ und eine „sehr bewusste politische Führung“ aus einem „großen Stab von Vertrauensleuten“ auf, „die also auch während des Krieges regelmäßig zusammengekommen sind auf der Werft. Da war so etwas wie Bewusstseinsbildung. [...] In der Theorie war also diese Zuspitzung auf eine revolutionäre Erhebung in Bremen wahrscheinlich besser vorbereitet als in allen anderen Ortsgruppen.“⁶⁹

Die kurze Zeit der Revolution

Während der durch den revolutionären Prozess ausgelösten politischen Kämpfe stieß der von den Gewerkschaften und Arbeitgebern unternommene Versuch, den sozialen Konflikt zu regulieren und zu kanalisieren, auf die Kampfbereitschaft bestimmter Teile der deutschen Arbeiterklasse. In der Tat beruhten Masseneinfluss und politische Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften und der MSPD „auf der Möglichkeit, relativ konfliktlos im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft soziale und ökonomische Interessen der Arbeiterklassen und anderer lohnabhängiger Schichten partiell zu realisieren.“⁷⁰

Dagegen waren diejenigen Segmente der Arbeiterklasse, die manchmal außerhalb und bisweilen sogar gegen die politisch-organisatorischen Strukturen der Gewerkschaften und der MSPD wirkten, die Antriebskräfte dieses Kampfzyklus, in dem die Grenzen zwischen ökonomischen und politischen Forderungen vielfach dialektisch überwunden wurden. Damit stellten sich besagte Segmente in einen konkreten Widerspruch zur gewerkschaftlichen Tradition der Vorkriegszeit.⁷¹

Zur Herausbildung neuer Formen des Konfliktpotenzials und der politischen Selbstorganisation der Arbeiter trugen verschiedene

⁶⁹ Peter Kuckuk, *Revolution und Räterepublik in Bremen*, Frankfurt am Main 1969, S. 32–33.

⁷⁰ Georg Fülberth / Jürgen Harrer, *Arbeiterbewegung und SPD*, Neuwied 1974, S. 138.

⁷¹ Grundlegend bleibt die klassische Arbeit von Roth, *Arbeiterbewegung* (wie Anm. 7).

Umstände bei.⁷² Von besonderer Bedeutung waren die Neustrukturierung der Belegschaften in den Großbetrieben und das Eintreten junger, ungelerner Arbeiter in die Fabriken.⁷³ Die Studien Dieter Baudis und Hermann Roths zum beruflichen und sozialen Profil der in den Auseinandersetzungen um die Jahreswende 1918/19 in Groß-Berlin gestorbenen Arbeiter sind in diesem Zusammenhang aufschlussreich.⁷⁴ Zieht sich die besondere Radikalität der in den Großbetrieben beschäftigten Arbeiter durch die gesamte Geschichte der Arbeiterbewegung und des deutschen Sozialismus, so bestand ein neues und bedeutendes Merkmal der Arbeitskämpfe von 1918/19 in der (aus der Opposition gegen den Burgfrieden entstandenen) Zusammenarbeit der jungen, ungelerten Schichten der Arbeiterklasse mit den kämpferischen Teilen des gelernten Industrie-

⁷² Claudio Natoli fasst prägnant zusammen: „Aber die bedeutendste politische Tatsache in den Fabriken war die Entstehung [...] von Zusammenschlüssen der Arbeiterklasse, die sowohl die Verteidigung der Selbstbestimmung und Professionalität gegenüber einer moderneren Form der Arbeitsorganisation als auch neue Formen des von den einfachen Arbeitern getragenen Konfliktpotenzials zum Ausdruck brachten. So wurden neue Forderungen nach Kontrolle und Gegenmacht sichtbar.“ Claudio Natoli, *La Terza Internazionale e il fascismo*, Rom 1982, S. 23.

⁷³ Einen Versuch, die gemeinsamen Dynamiken im Verhalten der (italienischen) Arbeiterklasse zu extrapolieren, der viele Berührungspunkte mit dem Gegenstand dieser Arbeit aufweist, hat Santo Peli unternommen. Der Historiker stellt heraus, wie im Ersten Weltkrieg innerhalb der Arbeiterklasse „ein egalitärer Antrieb existierte. Es gab den Versuch neuer Teile der Arbeiterschaft, sich mit Blick auf die alten, für sie nachteiligen Lohnhierarchien mehr Achtung zu verschaffen; hinzu kam der Versuch der alten Eliten, sich nicht überflügeln zu lassen. Dabei stehen wir immer vor dem Konflikt der zwei Parteien Arbeiterschaft und Arbeitgeber, die energisch im Gegensatz zueinander stehen und sich mittels einer konzeptionellen Sprache und eines Rüstzeugs duellieren, das man als klassisch bezeichnen kann, auch wenn die Probleme, die das Konfliktpotenzial mit sich bringt, wichtige Neuheiten aufweisen.“ Santo Peli, *Operai e guerra. Un'analisi dei comportamenti operai*, in: *Tra fabbrica e territorio. Annali della Fondazione Giangiacomo Feltrinelli* 1997, Mailand 1999, S. 214.

⁷⁴ Dieter Baudi / Hermann Roth, *Berliner Opfer der Novemberrevolution 1918/19. Eine Analyse ihrer sozialen Struktur*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG)*, 1968, S. 73–149.

proletariats;⁷⁵ unter letzteren befanden sich in einigen Fällen, wie in Bremen, auch Vertreter des Arbeiterradikalismus der Vorkriegszeit.

Auf den Bremer Werften erkannten die radikaleren, bereits während des Krieges aktiven Teile der Belegschaften nach Jahren der Lohnkürzung und verschärfter Arbeitsrhythmen die Gelegenheit,⁷⁶ die Löhne und die gesamte Arbeitsorganisation auf grundsätzliche Weise in Frage zu stellen.⁷⁷

Dabei stießen in Bremen, wie auch anderswo in Deutschland, zwei unterschiedliche politische Linien aufeinander. Auf der einen Seite versuchte die MSPD, „die Bestrebung nach sozialer und wirtschaftlicher Veränderung der Arbeiterklasse“ ausschließlich auf reformistischem und parlamentarischem Weg herbeizuführen,⁷⁸ mit Hilfe der großen gewerkschaftlichen Organisationen. Diesen gehörte – so lässt sich einer vertraulichen Mitteilung des preußischen Generalkonsulats der Hansestadt an Ebert entnehmen – die „Mehrheit der Arbeiter“ an,⁷⁹ obwohl „die Werften in den meisten Fällen die Hochburg der Radikalen sind.“⁸⁰ Auch in Bremen verbreitete die Regierung der Volksbeauftragten einen Appell, in dem sie die Arbeiterklasse zur Ordnung aufrief und gleichzeitig mahnte, dass der Streik zu Machtmissbrauch führen könne, wenn die Arbeiter für überzogene Ziele kämpfen würden.⁸¹

⁷⁵ Ebd., S. 95 f., 102 f.

⁷⁶ Zur Kontinuität, die auch aus den von der Industrie hinterlassenen Quellen hervorgeht, vgl. HAK WA143/242 (1905–1919: Wichtige Unternehmensangelegenheiten), nicht nummeriertes Blatt.

⁷⁷ „Niemand von uns hatte die Streiks von 1910 und 1913 [...] vergessen. Wir mussten uns 1910 mit einem lumpigen Kompromiss begnügen und 1913 durch den Verrat des Metallarbeiter-Verbandes eine schandbare Niederlage hinnehmen. Natürlich zögerten wir nicht, uns zu revanchieren.“ SAPMO-BArch, Nachlass Joseph Miller, NY 4096/1, Bl. 74.

⁷⁸ Engel, Entwicklung (wie Anm. 14), S. 396.

⁷⁹ BArch, R 1501, 1711 (Akten der Reichskanzlei betreffend die Freien Städte Hamburg, Lübeck, Bremen), Bl. 263.

⁸⁰ Ebd., Bl. 264.

⁸¹ StAB 9, P-zwischen 1918 und 1919-12 (Rat der Volksbeauftragten).

Die politische Linie der revolutionären Kräfte und der Werftarbeiterschaft wurde klar umrissen in der Parole, die der Mentor der Bremer Linken Anton Pannekoek in der linksradikalen Zeitschrift *Arbeiterpolitik* ausgab. Nach Pannekoek war es nötig, die politische Umwälzung in eine soziale Revolution zu überführen.⁸² Dabei handle es sich „nicht um einige Reformen auf dem Gebiete von Arbeiterschutz und Achtstundentag,“ sondern „um die großen Maßnahmen, die die Wirtschaft wieder aufrichten werden durch sozialistische Organisation.“⁸³

Bereits am 8. November, als sich die Machtstrukturen des Kaiserreichs aufzulösen begannen, richtete der Arbeiterrat der AG Weser einige Forderungen an die Betriebsleitung.⁸⁴ Unter anderem wurden die Auflösung des nationalen Werkvereins,⁸⁵ die Entlassung „eines bestimmten Vorarbeiters“ sowie die Abschaffung der (vom Lohn abgezogenen) Geldstrafen gefordert.⁸⁶ Gefordert wurde von der Betriebsleitung außerdem eine „Planung“ der weiteren techni-

⁸² Neue Aufgaben, in: *Arbeiterpolitik*, 23. November 1918.

⁸³ Ebd. Nach Pannekoek reichten die Aufgaben der Revolutionäre weiter, denn Maßnahmen zum Schutz der Arbeit und des wirtschaftlichen Kampfes würden von den neuen Betriebsräten selbstständig ergriffen.

⁸⁴ Der Text des Schreibens von Dr. Tetens an Friedrich Ebert, eine für das Verständnis der Kämpfe auf den Werften der AG Weser sehr wichtige Quelle, findet sich in den unveröffentlichten Erinnerungen des „revolutionären Kapitäns“ Sepp Miller: SAPMO-BArch, Nachlass Joseph Miller, NY 4096/1, Bl. 76.

⁸⁵ Am folgenden Tag, so fährt der Bericht fort, werden die Forderungen weiter ausgeführt. Insbesondere fordert der Betriebsrat jetzt neben der Auflösung des verhassten Arbeitgeberverbands auch die Abschaffung der obligatorischen Mitgliedschaft der jungen Lehrlinge im Jugendverein „Weser“, einer weiteren Organisation der Arbeitgeber, die dazu diente, die jungen Arbeiter in die Werft einzugliedern (ebd.).

⁸⁶ Die Quellen machen keine weiteren Angaben, weder zu den Gründen dieser Forderung noch zur Person des Mannschaftsführers. Angesichts der Zurückweisung dieser Forderung nahm eine Gruppe von Arbeitern der AG Weser die Angelegenheit selbst in die Hand und verjagte den Mannschaftsführer von der Werft. Die „Mitglieder des Betriebsrates erklärten dazu, dass andernfalls [...] der Mannschaftsführer getötet worden wäre. Der Betriebsleitung blieb nichts anderes übrig, als den Mannschaftsführer für unbestimmte Zeit zu beurlauben“ (ebd.).

schen und wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens, insbesondere in Hinblick auf die „Beschäftigung in Friedensarbeit.“⁸⁷

Angeregt von den revolutionären Ereignissen nicht nur in der Hansestadt, sondern in ganz Deutschland, sowie von den in die Einleitung eines Sozialisierungsprozesses gesetzten Hoffnungen, legte der Betriebsrat am 18. November „der Betriebsleitung einige neue Forderungen vor.“⁸⁸ Bei einer ersten Analyse der neuen Forderungen wird deutlich, dass der Betriebsrat der AG Weser in seiner Politik einen entscheidenden Qualitätssprung gemacht hatte, weg von Forderungen unmittelbaren und wirtschaftlichen Charakters und hin zu der Forderung, die konkrete Arbeitsorganisation innerhalb der Werft umfassend zur Diskussion zu stellen.

Neben der Forderung nach einem Achtstundentag konnte der Arbeiterrat,⁸⁹ da sich die Kräfteverhältnisse nach dem Aufruf der Räteregierung zu seinen Gunsten verschoben hatten, einen entscheidenden Schlag gegen das System der Akkordarbeit führen.⁹⁰ In dem der Betriebsleitung vorgelegten Dokument werden die Abschaffung der Akkordarbeit und die Festlegung eines neuen Stundenlohns gefordert.⁹¹ Darin drückt sich der Anspruch aus, die Entlohnung der Arbeiter grundlegend neu zu gestalten. Außerdem wurde versucht, die Kontrolle der Arbeitgeber über die Arbeiter zu verringern. Der Anteil des Akkordlohns am Gesamtlohn hatte bis dahin zwischen 73 und 81 Prozent geschwankt.⁹² Durch Abschaf-

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ In einem Rundbrief der AG Weser-Direktion vom Juli 1918 wurde die tägliche Arbeitszeit auf 9,5 Stunden plus Überstunden festgelegt: HAK WA143/146 (Lohnsteigerung und Leistungsfähigkeitssteigerungen. Abschriften des Schriftwechsels mit der Kaiserlichen Unterseeboot-Inspektion), nicht nummeriertes Blatt.

⁹⁰ Eine konzise und anregende Analyse der Funktion der Akkordarbeit innerhalb der Produktion sowie ihrer Rolle bei der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital der metallverarbeitenden Industrie findet sich bei Brockhaus, Zusammensetzung (wie Anm. 10), S. 35–37.

⁹¹ SAPMO-BArch, Nachlass Josef Miller, NY 4096/1, Bl. 77.

⁹² Bezüglich der Zusammensetzung des Arbeiterlohns auf der AG Weser sind die Dokumente im Historischen Archiv Krupp (Essen) besonders aufschlussreich. Die

fung der Akkordarbeit beabsichtigten die Werftarbeiter, der willkürlichen Bezahlung sowie der starken Überwachung der Arbeitsprozess durch die Werkmeister ein Ende zu setzen.⁹³

Die Lohnforderungen wurden gegenüber dem zehn Tage zuvor verfassten Forderungskatalog ausführlicher dargestellt. Als neuer Tarif waren nun 2,40 Mark pro Stunde für gelernte, 2,30 Mark für angelehrte und 2,10 Mark für ungelernete Arbeiten vorgesehen.⁹⁴

Der neue Tarif beinhaltete eine Schmälerung der Schere zwischen den Löhnen eines ungelernen Nieters und eines spezialisierten Drehers auf ungefähr zehn Prozent, wobei diese beiden Berufsgruppen die beiden äußeren Enden des Lohnspektrums darstellten.⁹⁵

Aus der Einteilung der Löhne in drei Makrokategorien und die weitere Schmälerung der traditionell bereits recht engen Lohnschere zwischen Facharbeitern und unqualifizierten Arbeitskräften geht die Absicht des Betriebsrates hervor, der vielfachen Staffelung der Löhne, wie sie bis dahin unter Hinweis auf die unterschiedlichen Berufsstände sowie auf das unterschiedliche Ausmaß der Akkordarbeit begründet worden war, ein Ende zu setzen.⁹⁶

Lohntabellen zeigen das fluktuierende Verhältnis zwischen Stunden- und Akkordlohn, wobei die Schwankungen auf das Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit zurückzuführen sind. Durch Verringerung des Stundenlohn-Anteils wird versucht, die Bedeutung der Akkordarbeit zu steigern: ein Schlüssel zur Ausweitung des relativen Mehrwerts und zum Herabdrücken der Löhne insgesamt. Siehe HAK WA143/55-54 (Statistische Übersichten seit 1908), nicht nummeriertes Blatt; vgl. auch Cattaruzza, Konflikt (wie Anm. 15), S. 333 ff.

⁹³ Vgl. Cattaruzza, Konflikt (wie Anm. 15), S. 333 ff.

⁹⁴ HAK WA143/103 (Lohnwesen 1906–1921), nicht nummeriertes Blatt.

⁹⁵ Vgl. Tabellenteil am Textende. Die sich schließende Schere zwischen dem Löhnen der Facharbeiter und denen der nicht qualifizierten Arbeiter ist typisch für die europäische Entwicklung der unmittelbaren Nachkriegszeit. Eine schematische Darstellung dieser Tendenz, in der sich der umfassende und transnationale Charakter der großen Lohnkämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts zeigt, findet sich bei Natoli, Internazionale (wie Anm. 72), S. 33.

⁹⁶ Die auf den Werften zu verzeichnende Zergliederung in unterschiedliche Berufs- und Lohngruppen ist hervorragend dokumentiert in den Büchern der AG Weser: HAK WA143/55-54 (Statistische Übersichten seit 1908).

Die Strategie des AG-Weser-Arbeiterrates entwickelte sich größtenteils außerhalb der gewerkschaftlichen Verhandlungspolitik des „organisierten Konflikts“, wie sie für die freien Gewerkschaften der Vorkriegszeit typisch war. Die Forderungen des Arbeiterrates zielten darauf ab, die konkreten Produktionsbedingungen in Frage zu stellen.

Diese Strategie bereitete den Arbeitgebern beträchtliche Sorgen, begriffen sie doch die „Agitation der Arbeiterschaft“ als eine plötzliche und heftige Erschütterung des wirtschaftlichen Lebens,⁹⁷ die die „ruhige organische Entwicklung“ störe. Von den „überspannten Forderungen“ der Werftarbeiter wurde behauptet, dass sie im Falle ihrer Erfüllung die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe unterminieren und die Werften in den Konkurs treiben würden.⁹⁸ Ein sorgenvoller Bericht des preußischen Konsuls in Bremen an Friedrich Ebert spricht von dem „Terror der Arbeiterführer und der Arbeiter“ der AG Weser sowie der Atlas-Werke.⁹⁹

Der Höhepunkt wurde am 28. November erreicht, als die Verhandlungen, die die Werftleitung zunächst aufzuschieben versucht hatte,¹⁰⁰ eine plötzliche Beschleunigung und ein rasches Ende erfuhr.¹⁰¹ Um zehn Uhr vormittags „verließen die Arbeiter ihre Arbeitsplätze, um sich auf dem Hof vor dem Gebäude der Direktion zu versammeln.“¹⁰² Der Betriebsrat, der sich aus den unabhängigen und linksradikalen Arbeitern rekrutierte, bemühte sich im Tarifkonflikt erfolgreich um politische Unterstützung durch die

⁹⁷ Höver, 100 Jahre (wie Anm. 1), S. 26.

⁹⁸ BAArch, R 1501, 1711 8 (Akten der Reichskanzlei betreffend die Freien Städte Hamburg, Lübeck, Bremen), Bl. 264.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ SAPMO-BAArch, Nachlass Josef Miller, NY 4096/1, Bl. 74.

¹⁰¹ Sepp Miller erinnert sich, dass „von Anbeginn der Arbeiterschaft der Kampf um die acht Stunden im Zentrum der Forderungen stand. Uns schien es, dass wir das alles in diesen wenigen Stunden erreicht hatten.“ Miller, Fahne (wie Anm. 58), S. 193.

¹⁰² Ebd. Der Streik bei der AG Weser wurde auch vom Senatsamt für Statistik, Streiks und Aussperrungen registriert; vgl. StAB. 3-S.3, Nr. 339 (Statistik der Streiks und Aussperrungen), Bl. 364.

einflussreichsten Vertreter der Bremer Arbeiterbewegung.¹⁰³ So erklärt sich, dass Alfred Henke und Johann Knief die Arbeiterschaft gemeinsam mit dem Betriebsrat vertraten.¹⁰⁴

Henke und vor allem Knief waren nach Meinung des preußischen Konsuls für die Radikalisierung der Arbeiter verantwortlich. Sie hätten „die Arbeiter aufgehetzt“ und gedrängt, „immer maßlosere Forderungen zu stellen, auch unter Bruch der einige Tage vorher mit den Unternehmern getroffenen Abmachungen.“¹⁰⁵ Direktor Tetens habe die „geringe Ausdauer der Direktion“ schließlich auch damit gerechtfertigt, „dass bei der draußen versammelten Menschenmenge [...] doch für den Fall der Ablehnung der Forderungen nicht mit Sicherheit darauf zu rechnen sei, dass nicht ernste Demolierung des Werkes und sonstige schwere Folgen eintreten würden.“¹⁰⁶

Die Verhandlungen endeten mit der bedingungslosen Annahme der Arbeiterforderungen, einschließlich der Forderung nach unverzüglicher Abschaffung der Akkordarbeit.¹⁰⁷ Die Arbeiter verlangten eine persönliche Bekanntgabe des Verhandlungsausgangs durch den Direktor. Sie lehnten es aber ab, ihn vom Fenster der Direktion aus sprechen zu lassen. So kam es zum so genannten Canossa-Schuppen-Vorfall,¹⁰⁸ der vor allem symbolischen Charakter hatte: Direktor Tetens wurde im Anschluss an Reden von Henke und

¹⁰³ SAPMO-BArch, Nachlass Joseph Miller, NY 4096/1, Bl. 78.

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ BArch, R 1501, 1711 (Akten der Reichskanzlei betreffend die Freien Städte Hamburg, Lübeck, Bremen), Bl. 267.

¹⁰⁶ SAPMO-BArch, Nachlass Joseph Miller, NY 4096/1, Bl. 79.

¹⁰⁷ Eine Kopie des Flugblattes, auf dem der Betriebsrat der AG Weser triumphierend die Streichung jedweder Akkordarbeit bekannt gab, befindet sich im Firmenarchiv von Krupp: HAK WA143/242 (1905–1919: Wichtige Unternehmensangelegenheiten), nicht nummeriertes Blatt.

¹⁰⁸ Der Vorfall ist zweifellos mehr als eine bunte Anekdote. Direktor Tetens hob ihn in dem schon mehrmals zitierten Schreiben besonders hervor und legte sogar eine Fotografie bei. Diese ist leider nicht erhalten, doch gibt es von der Szene eine von einem unbekanntem Arbeiter angefertigte Zeichnung, die mit der Zeit eine Art Ikone der Arbeiterkämpfe auf den hanseatischen Werften wurde. Ein ziemlich emphatischer und rhetorischer Bericht findet sich bei Miller, Fahne (wie Anm. 58).

Knief gezwungen,¹⁰⁹ die Annahme der Forderungen vom Werkstattdach aus bekannt zu geben.¹¹⁰

Unmittelbares politisches Ergebnis war die Stärkung der linksradikalen Strömung auf den Werften der Hansestadt. Nicht nur die große Arbeiterkundgebung am Folgetag, sondern auch der Beginn ähnlicher Tarifkonflikte auf anderen Werften wie etwa den Atlas Werken, stets mit Unterstützung der Linksradikalen ausgetragen,¹¹¹ zeigen die lebhafteste Verbindung zwischen der Werftarbeiterschaft und dem linken Flügel der sozialistischen Arbeiterbewegung in Bremen.

Während der kurzen Revolutionszeit erwies sich die AG Weser als Hochburg des radikalen Flügels der revolutionären Regierung. Bei der Niederschlagung der Räterepublik war sie Schauplatz erbitterter Auseinandersetzungen zwischen den Freikorps und bewaffneten Arbeitern.¹¹² Die Auseinandersetzungen endeten am Abend des 4. Februar mit der militärischen Besetzung der Werft und dem Auflösen des einige Wochen zuvor gewählten Betriebsrats.¹¹³ Die militärische Eroberung der AG Weser durch die konterrevolutionären Kräfte beendete auch symbolisch das kurze Leben der Räterepublik in Bremen. Die enge Verbindung zwischen der Werftarbeiterschaft und den revolutionären Kräften zerbrach dabei jedoch

¹⁰⁹ Einige Passagen der Ansprache von Johann Knief, die wie gewöhnlich durch emphatische Rhetorik charakterisiert war, sind dokumentiert bei Gerhard Engel, Johann Knief. Ein unvollendetes Leben, Berlin 2011, S. 382.

¹¹⁰ SAPMO-BArch, Nachlass Joseph Miller NY 4096/1, Bl. 79: „Wir sind davon überzeugt, dass mit in Kraft treten der neuen Regeln eine Wirtschaftlichkeit der Werft unmöglich sein wird.“ Auf diese Weise beendete der Direktor der AG Weser seine kurze Ansprache. Die wirtschaftliche Unhaltbarkeit der Arbeiterforderungen wurde von der Direktion als wesentlicher Grund angeführt, weshalb von einem guten Ausgang der Verhandlungen nicht die Rede sein könne.

¹¹¹ BArch, R 1501, 1711 (Akten der Reichskanzlei betreffend die Freien Städte Hamburg, Lübeck, Bremen), Bl. 266.

¹¹² Kuckuk, Revolution (wie Anm. 69), S. 44–49.

¹¹³ Vgl. zu den unmittelbaren Reaktionen der Arbeiter der AG Weser Miller, Fahne (wie Anm. 58), S. 208–210.

nicht.¹¹⁴ Allerdings sollte diese Verbindung im veränderten Kontext des Gegenangriffs der bürgerlichen Kräfte sowie des neuen Kampfzyklus von 1919/20 neue Formen annehmen.

Schlussbetrachtung

Während der revolutionären Phase wurde auf breiter Ebene eine Tendenz erkennbar, die der Wortführer der revolutionären Obleute, Robert Müller, bereits als bedeutenden Aspekt der Streiks in der metallverarbeitenden Industrie Berlins im Januar 1918 erkannt hatte.¹¹⁵ Gemeint ist die Unfähigkeit, die Arbeitskämpfe in den verschiedenen Einzelbetrieben in einer pluralistischen Bewegung zusammenzuführen.¹¹⁶ Der Versuch des Spartakusbundes sowie der Bremer Linksradikalen, auf die meist nicht gewerkschaftlich organisierten jungen ungelerten Arbeiter zu bauen, wurde oft als unrealistische „revolutionäre Gymnastik“ abgetan.¹¹⁷

Auf rein gewerkschaftlicher Ebene erwiesen sich die während der revolutionären Phase eroberten Errungenschaften auch für die Arbeiter der AG Weser als kurzlebig. Sie fielen bereits ab Sommer 1919 der Neuausrichtung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterschaft zum Opfer.¹¹⁸ Trotz der breiten Klassenbewegung,

¹¹⁴ Vgl. zur Zentralität dieses Teils der Arbeiterklasse (auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit), ihren Widerstandsformen und der Neuorganisation der Betriebsräte Wollenberg / Möller, AG Weser (wie Anm. 6), S. 32–41.

¹¹⁵ Vgl. Richard Müller, *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, Berlin 1974, S. 130 ff.

¹¹⁶ „Ein Wachstum des Konfliktpotentials in Berlin war sicherlich möglich, aber abgesehen von einigen Fällen, war es auf nationalem Gebiet isoliert. [...] Die Berliner Arbeiter können ihren Kampf auch alleine weiterführen, aber nicht lange.“ Ebd., S. 109.

¹¹⁷ Dirk Hemje-Oltmanns, *Materielle Bedingungen der Entwicklung des Verhältnisses von Sozialreform und Revolution in Deutschland (1890–1924)*, unter besonderer Berücksichtigung der Bremer Werftarbeiterbewegung, München 1983, S. 385; vgl. Müller, *Bürgerkrieg* (wie Anm. 115), S. 129–130.

¹¹⁸ Vgl. zum politischen Rechtsruck in Deutschland und der darauf folgenden Polarisierung die klassische Arbeit von Francis L. Carsten: *Die Revolution in Mitteleuropa 1918–1919*, Köln 1973, S. 308–331. Zum veränderten Gleichgewicht innerhalb der großen Maschinenbaufabriken und im Bergbaubereich vgl. Hemje-

die 1919 die Betriebe erfasste, wurde die Akkordarbeit bereits in den ersten Monaten des Jahres 1920 wieder eingeführt. Das geschah in einem Kontext ausgeprägter Repression, der durch Massenentlassungen gekennzeichnet war. Mit den Entlassungen wurde beabsichtigt, die besser organisierten Teile der Arbeiterklasse zu schlagen und ihre Kampfkraft zu brechen.¹¹⁹

Die Rückkehr zur Akkordarbeit erfolgte darüber hinaus mit der ideologischen und politischen Zustimmung der rechten Flügel der MSPD und der Gewerkschaften.¹²⁰ Mit Blick auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie und in völliger Übereinstimmung mit den Arbeitgebern begriffen diese das Akkordsystem als „aus volkswirtschaftlichen Gründen unbedingt nötig.“¹²¹

Tabellen

1. Überstunden in Prozent der Gesamtarbeitsstunden:

1912	7,1
1913	6,8
1914	8,2
1915	9,60
1916	13,70
1917	17,00
1918	15,00
1919	0,45
1920	2,70

Quelle: HAK WA143/55-54 (Statistische Übersichten seit 1908).

Oltmanns, Bedingungen (wie Anm. 117), S. 188–205.

¹¹⁹ Vgl. StAB, 4,65-676.

¹²⁰ Das Verhältnis des Akkordlohn zum Stundenlohn betrug auf den Werten der AG Weser 1918 laut der Lohnbücher 77,4 zu 22,6. Im ersten Jahr der Wiedereinführung der Akkordarbeit (1920), betrug das Verhältnis 57,7 zu 42,3. HAK WA143/55-54 (Statistische Übersichten seit 1908), nicht nummeriertes Blatt. Vgl. Tabellenteil am Textende.

¹²¹ Zurück zur Akkordarbeit, in: Die Neue Zeit, 38 (1920), 1, S. 57–60.

2. Produktionsschwerpunkte auf den Werften der AG Weser (1912–1929):

Jahr	Kriegsschiffe	U-Boote	Gesamte Kriegsproduktion	Handelsschiffe
1913	33,47	0	33,47	40,85
1914	34,8	1,80	36,6	45,7
1915	26,9	30,7	57,6	22,19
1916	34,2	42,7	76,9	2,17
1917	9,0	67,1	76,1	0,26
1918	3,6	62,7	66,3	0,81
1919	8,12	7,88	16	29,94
1920	0,36	0	0,36	28,07

Quelle: HAK WA143/55-54 (Statistische Übersichten seit 1908).

3. Verhältnis von Akkord- und Stundenlohn bei Entwicklung des Arbeiterlohns:

Anno	Akkord	Stundenlohn
1908	74,2	25,8
1909	72,7	27,3
1910	73,2	26,8
1911	74,2	25,8
1912	74,9	25,1
1913	75,8	24,2
1914	81,5	18,5
1915	80,8	19,2
1916	81,9	18,1
1917	82,2	17,8
1918	77,4	22,6
1919	0	100
1920	57,7	42,3
1921	56,1	44,9
1922	65,7	34,3
1923	71,5	28,5
1924	56,4	43,6
1925	65,1	34,9
1926	71,3	28,7
1927	76,6	23,4
1928	78,4	21,6
1929	81	19

Quelle: HAK WA143/55-54 (Statistische Übersichten seit 1908).

4. Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeiter der AG Weser:

1890	825	1906	4400
1891	968	1907	4500
1892	755	1908	4.300
1893	489	1909	4.200
1894	581	1910	3.050
1895	655	1911	3.847
1896	796	1912	4.334
1897	1.088	1913	5.200
1898	1.121	1914	6.750
1899	1.012	1915	5.150
1900	1.390	1916	7.200
1901	1.410	1917	9.050
1902	1.383	1918	10.750
1903	1.665	1919	7.900
1904	1.547	1920	8.500
1905	3.409	1921	8.900

Quelle: AG Weser (Hg.), Aktiengesellschaft Weser Bremen 1872–1922, Bremen o. J. (1922), S. 23.